



II. 14511 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIE BUNDESMINISTERIN
für Umwelt, Jugend und Familie
MARIA RAUCH-KALLAT

A-1031 WIEN, DEN 18.7.1994
RADETSKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 711 58

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

6579/AB

1994-07-18

zu 6666 J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Ilse Mertel und Genossen haben am 18. Mai 1994 unter der Nr. 6666/J folgende schriftliche Anfrage an mich gerichtet:

1. Wann wurde von Ihrem Ressort eine Studie zum Thema "Reform des Familienlastenausgleichsfonds" an Univ.Prof. Dr. Badelt von der Wirtschaftsuniversität in Auftrag gegeben?
2. Wann sind die ersten (Zwischen-) Ergebnisse aus dieser Studie vorgelegen?
3. Welche Zielsetzungen hat die Studie und wann ist mit dem endgültigen Vorliegen der Ergebnisse zu rechnen bzw. wann wird die Studie den Parlamentariern übermittelt?
4. Wann werden Sie zu einer ersten Sitzung dieser von Ihnen mehrmals angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe unter Beiziehung von Parlamentariern und Experten einladen?
5. Gibt es im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie bereits ressortinterne Überlegungen zu einer Reform des FLAF? Wie bzw. wann werden diese dem Parlament bekanntgegeben?

./2

- 2 -

Hiezu beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu Frage 1:

Die in Rede stehende Studie wurde von meinem Ressort im Juni 1993 in Auftrag gegeben.

Zu Frage 2:

Der erste Zwischenbericht wurde im Dezember 1993 vorgelegt.

Zu Fragen 3 bis 5:

Ich habe die Arbeitsgruppe "Familienlastenausgleichsfonds" zur ersten Sitzung am 5. Juli 1994 eingeladen. Dabei wurden u. a. die Vertreter der fünf Parlamentsfraktionen eingeladen und die Studie von Univ.Prof. Dr. Badelt vorgestellt.

Hauptzweck dieser Studie war es, eine empirische Analyse des Familienlastenausgleichsfonds in Österreich hinsichtlich der Jahre 1979 bis 1993 durchzuführen, um eine Diskussionsgrundlage für eine Neuordnung des familienpolitischen Instrumentariums zu schaffen. Darüberhinaus beinhaltet die Studie auch grundsätzliche Aussagen über die theoretische Fundierung der ökonomischen Familienförderung.

Ich bin mir der Komplexität der gestellten Aufgabe, den Familienlastenausgleich zu reorganisieren, bewußt und habe daher - neben den parlamentarischen Fraktionen - auch die Vertreter der im Familienpolitischen Beirat vertretenen Familienorganisationen sowie u. a. ressortfremde Experten und Ländervertreter um Mitwirkung ersucht, damit eine möglichst breite Diskussionsbasis besteht.

. / 3

- 3 -

Ohne den Beratungen der Arbeitsgruppe - von der ich mir gute Impulse erhoffe - vorgreifen zu wollen, bin ich der Ansicht, daß zunächst durch Maßnahmen auf der Einnahmenseite (z. B. Abschaffung der Selbstträgerschaft) und Ausgabenseite (Auslagerung von "Fremdleistungen") die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, die weitere familienpolitische Aktivitäten - im Sinne einer bedürfnisorientierten Familienpolitik - erst ermöglichen.



(Maria Rauch-Kallat)